

# Killesberg

Reichsgartenschau – Gartendenkmal – Gedenkort

Herausgegeben von  
Roland Müller

verlag regionalkultur  
Stuttgart 2020

# Inhaltsverzeichnis

ROLAND MÜLLER	
Einleitung .....	7
STEFANIE HENNECKE	
Volkspark oder Gartenschau?	
Der Killesberg im Kontext der Entwicklung bürgerlicher Parkanlagen bis 1945 .....	11
ROLAND MÜLLER	
Gartenschau und Sammellager. Eine stadtgeschichtliche Verortung .....	23
JOACHIM WOLSCHKE-BULMAHN	
Nationalsozialismus und Landschaftsarchitektur – Karrieren, Konzepte, Ideologie .....	39
LARS HOPSTOCK	
„... bis in die letzten Schwingungen des Pflanzenwuchses“: Der neue Naturalismus des Stuttgarter Killesbergs von 1939 im Kontext der deutschen Gartenschauen seit 1926 .....	57
ALFONS ELFGANG UND ROSEMARIE MÜNZENMAYER	
Der Höhenpark Killesberg als Denkmal .....	85
CHRISTOF LUZ	
Planen und Bauen im und mit dem Denkmal. Persönliche Anmerkungen .....	103
MARIA CHRISTINA ZOPFF	
Kunst auf dem Killesberg. Bildhauerarbeiten von der Reichsgartenschau bis in die Gegenwart .....	111
VOLKER SCHIRNER, EBERHARD SCHNAUFER UND WALTER WAGNER	
75 Jahre Höhenpark Killesberg. Stand und Perspektiven für die Parkanlage Killesberg .....	125
Autorinnen und Autoren .....	141
Personenregister .....	143

# Gartenschau und Sammellager. Eine stadthistorische Verortung

ROLAND MÜLLER

## Eine „ausgesprochene Gartenstadt“ – Stuttgarter Perspektiven 1933/34

„Die eigenartige und für eine Großstadt einzigartige landschaftliche Lage hat Stuttgart – die ‚wunderschöne Hauptstadt des Schwabenlandes‘, wie sie der Führer genannt hat – zur ausgesprochenen Gartenstadt vorbestimmt.“<sup>1</sup> So schwärmte Oberbürgermeister Strölin im offiziellen Führer der am 22. April 1939 eröffneten 3. Reichsgartenschau. Es war freilich zugleich ein Pfeifen im Wald, nachdem die Ambitionen Stuttgarts als „Stadt der Auslandsdeutschen“ und die damit verbundenen Ziele weitgehend gescheitert waren.

Die Gartenschau verstand Stuttgarts Oberbürgermeister als Beitrag zu einer „Auflockerungspolitik“ der Großstadt im Allgemeinen sowie als Etappe eines Grünzugs vom Killesberg zu Bade- und Parkanlagen in Bad Cannstatt und am Neckarknie im Besonderen. Dieser ist heute, einige nationale Gartenschauen sowie eine Internationale Gartenbauausstellung (IGA) später, Realität geworden. Es lohnt sich schon solcher Kontinuitätslinie wegen, Reichsgartenschau und Höhenpark Killesberg in die Stadtgeschichte einzuordnen. Eine lokalgeschichtliche Verortung, in diesem Beitrag beschränkt auf den NS-Kontext sowie den heutigen Gedenkort Killesberg, wird auch zu einem besseren Verständnis der gartenhistorischen Perspektive von Reichsgartenschau und Höhenpark beitragen. Und zweifellos kulminieren bei Genese und Bewertung des Reichsgartenschauprojekts zentrale Aspekte der lokalen NS-Herrschaft, die wiederum Planung und Realisierung beeinflussten.<sup>2</sup>



Abb. 1: Reichs-Gartenschau Stuttgart 1939 April und Oktober. Amtlicher Führer. Stuttgart (1939), Entwurf Karl Klauß.

Zum Kernbestand der NS-Ideologen gehörte die Ablehnung der Großstadt als Hort der Entwurzelung und Entfremdung von „Blut und Boden“, als Ort der gesellschaftlichen und politischen Modernisierung. Da bot Stuttgarts herausragende Topographie eine günstige Gelegenheit. Mit dem Slogan von der „ausgesprochenen Gartenstadt“ sowie dem Rekurs auf die Forderung nach Auflockerung der Großstadt und „Wiederverknüpfung [!] des deutschen Menschen mit Garten und Scholle, mit Garten und Landschaft, mit Boden und Scholle“ (Strölin) konnten die Stuttgarter Nationalsozialisten „ihre“ Stadt gegen solche Kritik in Schutz nehmen, ohne die Großstadtfeindschaft grundsätzlich in Frage stellen zu müssen. Ohnehin war (und ist) der schillernde Begriff der „Gartenstadt“, den die Nationalsozialisten in ihrem Sinne transformierten, insgesamt positiv besetzt. Damit besaßen die 1933 vergleichsweise schwachen Stuttgarter Nationalsozialisten zugleich ein über die eigenen Reihen hinaus zustimmungsfähiges Thema.<sup>3</sup>

Einen Anknüpfungspunkt nach dem Machtantritt der neuen Herren bot die Tradition der ehemals international renommierten Kur- und Bäderszene in Cannstatt. Sie war in der 1905 mit Stuttgart vereinigten Oberamtsstadt mit einem außerordentlich großen Mineralwasseraufkommen aufgrund der Industrialisierung im Neckartal allerdings längst obsolet geworden. Im Juli 1933 sicherte sich die Stadt im Eilverfahren beim Innenministerium den Titel „Bad“ für Cannstatt; es folgten Planungen für den Ausbau der Kuranlagen und ein Ausgreifen auf die Parkanlagen jenseits des Neckars. In drei Bauabschnitten sollten die Kapazitäten der Cannstatter Badeanlagen vergrößert und anschließend die Wilhelma, damals noch kein Tierpark, sowie der Rosensteinpark einbezogen werden. Hierzu lobte die Stadt einen Wettbewerb aus.

Den ersten Preis gewann der Stuttgarter Architekt Ernst Leistner, politisch als alter NSDAP-Parteigenosse „ausgewiesen“, seit Juli 1935 als Ratsherr auch Mitglied des gleichgeschalteten, nicht beschlussfähigen Gremiums, das mit der Deutschen Gemeindeordnung an die Stelle des Gemeinderats trat.<sup>4</sup>

Im Rahmen dieser Überlegungen tauchte ein weiterer Entwurf für einen ersten NS-Herrschaftsbau auf. Die Architekten Graubner und Hengerer sowie Direktor Hagstotz vom städtischen Fremdenverkehrsamt legten 1934 Pläne für Forum und Thingstätte am Berger Hang vor, die wiederum mit den Bäderanlagen und über den Neckar hinweg bis zum neuen Stadion, der Adolf-Hitler-Kampfbahn, einen zweiten städtischen Mittelpunkt bilden sollten.<sup>5</sup>

Doch die Pläne zum Ausbau der Kur- und Bäderanlagen blieben Makulatur. Diese Variante der „Stadt am Fluss“ – ein bis heute aktuelles Stuttgarter Thema – war vor dem Anfang zu Ende. Stärker als manch praktisch-pragmatisches Argument wogen neue kommunale Prioritäten und veränderte gesamtstaatliche Rahmenbedingungen. Denn trotz aller ideologischen Vorbehalte war rasch klar: Aufrüstung und Krieg waren mit Schwächung oder gar Zerschlagung industrieller Zentren nicht zu vereinbaren. Stuttgart profilierte sich und profitierte als Rüstungszentrum, verzeichnete hohe Wanderungsgewinne, freilich um den Preis von knappem und teurem Wohnraum. In den für die „rassisch wertvollen Volksgenossen“ (Strölin) mit Nutzgärten ausgestatteten Siedlungen wie Reisach und Wolfsbusch ließen sich die Arbeiter der Rüstungsindustrie nicht unterbringen; der verpönte Geschosswohnungsbau blieb unvermeidlich.<sup>6</sup> Dennoch: Die Pläne für eine Bäder- und Gartenstadt waren stets Bestandteil kommunaler Konzeptionen, Priorität genoss aber zwischenzeitlich ein anderes Projekt.